

FRANZ JOSEF HINKELAMMERT

DAS INVESTITIONSKRITERIUM IN THEORIE UND PRAXIS
DER SOWJETISCHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die sowjetische Wirtschaftstheorie stieß erst nach dem 2. Weltkrieg auf das Problem des Investitionskriteriums. Zwar hatte es bereits in den 20er Jahren eine lebhaftige Diskussion des Investitionsproblems gegeben. Als jedoch am Ende der 20er Jahre die Planungsperiode einsetzte, brach diese Diskussion schnell ab. In Theorie und Praxis der sowjetischen Wirtschaftsführung wurde fortan ein einheitliches Investitionskriterium als ein Wiederaufleben des Zinssatzes abgelehnt. An die Stelle exakter, rechenhafter Kalkulationsgrundlagen traten verschwommene, unverbindliche Hinweise auf das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus oder das Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung.

Die sowjetische Wirtschaftstheorie vertrat darauf in den 30er Jahren im allgemeinen den Grundsatz, daß diejenigen Investitionsprojekte vorzuziehen seien, die die niedrigsten laufenden Kosten aufweisen. Den Praktikern der Planung mußte allerdings bald die Fehlerhaftigkeit solcher Auswahlmethoden auffallen. Von ihrer Seite kamen daher immer wieder Vorschläge, diesen Grundsatz einzuengen. Um offensichtlich falsche Entscheidungen zu vermeiden, entwickelten die Planungsingenieure gleichzeitig einzelne Kriterien, die häufig an Stelle des Grundsatzes der Auswahl nach den niedrigsten laufenden Kosten berücksichtigt wurden. Wichtigstes Kriterium dieser Art ist das Kriterium der relativen Effizienz (Rückflußdauer), das noch näher zu erörtern sein wird. Es gab daher schon einige, wenn auch unbedeutende Erfahrungen in der Anwendung von Investitionskriterien, als nach dem 2. Weltkrieg eine breite Diskussion dieser Fragen einsetzte. Diese waren in den Bereichen der Wirtschaft gemacht worden, die zwar hohe Plananforderungen zu erfüllen hatten, selbst aber nicht als Schwerpunktbereich der Pläne galten und folglich nicht mit reichlichen Investitionszuwendungen ausgestattet wurden. Als wesentlichen Bereich gilt dies für den Verkehr. An der einsetzenden Investitionsdebatte hatten daher auch Verkehrsfachleute einen großen Anteil (z. B. Chačaturov). Etwas ähnliches gilt für das Gebiet des Kraftwerksbaus. Hierhin flossen zwar hohe Investitionssummen, die Einheitlichkeit des Endproduktes jedoch machte einen Vergleich der Investitionsaufwendungen zur Erstellung bestimmter Kapazitäten besonders leicht. Die staatliche Förderung der kapitalintensiven Wasserkraftwerke erschwerte selbst bei hohen Investitionszuwendungen die Bereitstellung der benötigten Kapazitäten.

Nachdem bereits wichtige Beiträge zum Problem der Bestimmung von Investitionskriterien in der sowjetischen Presse erschienen waren, wurde die sogenannte Investitionsdebatte 1948 durch die Redaktion der Wirtschaftszeitschrift „Voprosy Ekonomiki“ offiziell eröffnet. Alle sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler wurden aufgefordert, sich an einer Diskussion über die Notwendigkeit von Investitionskriterien im Sozialismus zu beteiligen.

Die Stellungnahmen der Wirtschaftswissenschaftler brachten die widersprechendsten Ansichten zum Ausdruck. Allmählich jedoch setzte sich die Vorstellung durch, daß auch im Sozialismus die Effizienz von Investitionen nicht unmittelbar aus der Wirkung der Investitionen auf die Arbeitsproduktivität bestimmt werden könne. Auch für den Sozialismus erkannte man die Notwendigkeit besonderer Investitionskriterien an. Die Meinungen aber blieben darüber geteilt, wie dieses Investitionskriterium zu errechnen sei und wie umfassend seine Geltung sein müsse.

Die erste offizielle Stellungnahme erfolgte 1954 in den „Voprosy Ekonomiki“ in Form einer Zusammenfassung der Debatte¹⁾. Folgende Hauptrichtungen dieser Entscheidung können angeführt werden:

1. Die Notwendigkeit eines Investitionskriteriums wurde bejaht. Als Form der Berechnung des Investitionskriteriums wurde die Berechnung einer Rückflußdauer (relative Kapitaleffizienz) anerkannt, die als zusätzliche Kalkulation gelten sollte.
2. Dem Investitionskriterium sollte nur die Auswahl von Investitionsvarianten unterliegen, keineswegs die Verteilung der Investitionen auf die Betriebe und die Industriezweige.

Diese erste offizielle Stellungnahme war verhältnismäßig eng, genügte aber dazu, um Wege zur Sammlung systematischer Erfahrungen zu eröffnen. Dies geschah in den folgenden Jahren. Der Grundsatz der Auswahl der Investitionsprojekte mit den niedrigsten Selbstkosten wurde in der Praxis weitgehend aufgegeben und die Projektierungsbüros wendeten bestimmte Rückflußnormen an, die sie sich entweder selbst setzten oder von den Sownardosen (Volkswirtschaftsräten) oder Industrieministerien vorgeschrieben bekamen. Einheitliche Rückflußvorschriften gab es zuerst im Verkehrswesen und im Kraftwerkebau, wobei die Betonung von Wasserkraftwerken zurücktrat. Ebenfalls wurde das Programm zur Gewinnung von Elektroenergie aus Atomkraft drastisch gekürzt, da die relative Effizienz von Investitionen in diese Bereiche sehr gering war.

Während dieser ersten systematischen Versuche zur Einführung eines Investitionskriteriums in die Praxis der Investitionsplanung ging die Investitionsdebatte weiter. Die Stellungnahme von 1954 hatte die Auswirkungen der Investitionsdebatte auf die Planungspraxis begrenzt und hatte dabei wesentliche theoretische Probleme einfach beiseite geschoben. In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion wurden alle diese Fragen aufs neue aufgegriffen. Gleichzeitig wurden die Stellungnahmen der Wirtschaftswissenschaftler auch gewichtiger, da sie sich in weit größerem Maße als vorher auf praktische Erfahrungen und Erfolge berufen konnten. Dies führte zu offiziellen Stellungnahmen der Partei. Das Juni-Plenum des Zentralkomitees der KPdSU (ZK) vom Jahre 1955 kritisierte grundsätzlich die bisherige Behandlung des Investitionsproblems und wandte sich offen an die Wirtschaftstheoretiker mit der Aufforderung, fundierte Vorschläge für die Lösung des Problems auszuarbeiten. Im Jahre 1956 erschien zum erstenmal eine

1) s. „Voprosy Ekonomiki“, Nr. 3 1954. In deutscher Sprache: Ergebnis der Diskussion über die Messung des ökonomischen Nutzeffekts von Industrieinvestitionen in der UdSSR. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Abt., 1954, Nr. 5, S. 737 ff.

Anweisung für die Projektierungs- und Planungsbüros über die Anwendung von Investitionskriterien²). Aber solche Neuerungen setzten sich nur langsam durch. Noch im Jahre 1957 wurden in Leningrad über 40 vH aller Investitionen ohne Berücksichtigung von Nutzeffektberechnungen durchgeführt³).

Im Jahre 1958 folgte dann die Einberufung einer wissenschaftlich-technischen Konferenz über die Bestimmung des ökonomischen Nutzeffekts von Investitionen, die eine Wende innerhalb der Investitionsdiskussion bezeichnet⁴). 1959 erschien in der Zeitschrift „Kommunist“ ein Artikel zu den Ergebnissen der Konferenz, in dem alle Kritik an der Bedeutung eines Nutzeffekt Kriteriums weggefallen war⁵). Das Juni-Plenum des ZK gab 1959 der Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Instituten des Gosplan und den Banken den Auftrag zur Ausarbeitung eines Vorschlages, der dazu dienen sollte, in der Wirtschaft allgemein die Auswahl der Investitionen an Hand einer Berechnung ihrer Effizienz verpflichtend zu sichern. Dieser Vorschlag lag im Dezember 1959 der staatlichen Planungskommission vor unter der Bezeichnung: „Grundlegende Methodik für die Bestimmung des Nutzeffekts der Investitionen und der Maßnahmen zur Einführung der neuen Technik in der Volkswirtschaft der UdSSR“⁶). Die Methodik wurde vom Gosplan bestätigt, so daß die Nutzeffektberechnung seitdem verpflichtende Auflage für alle Investitionsvorhaben ist.

Hierzu parallel ging der Ausbau einer Nutzeffektskontrolle durch das Bankensystem. Schon 1958 hatte die Prombank mit der Überprüfung des Nutzeffekts von Investitionsvorhaben begonnen. Nach der Bankenreform 1959 wurde dann die Nutzeffektskontrolle zu einer wesentlichen Aufgabe der sowjetischen Banken, die damit ein völlig neues Aufgabengebiet bekamen.

Die angeführte Methodik kann als Grundlage dieser Änderungen des Systems der Investitionsplanung gelten. Ihr Inhalt soll im folgenden etwas näher gekennzeichnet werden: Als erstes fällt auf, daß das Nutzeffektskriterium als Wertkriterium nicht mehr als zusätzliche Kalkulation gilt, sondern als zentrale Kalkulation zur Bestimmung der Investitionseffizienz. Vorher nannte man es noch ein Hauptkriterium unter anderen Hauptkriterien. Die Methodik hingegen stellt es als *das* Hauptkriterium dar. Es rückt damit an die erste Stelle unter den Kriterien der Investitionsauswahl. Die übrigen Kriterien, wie z. B. quantitative Kriterien (Engpaßmaterialien) traten erstmals hinter diesem Wertkriterium zurück. In einem Aufsatz im „Kommunist“ heißt es hierzu z. B.: „Abgesehen von der Bedeutung der Wertkriterien muß man dann festhalten, daß sie nicht immer eine erschöpfende Vorstellung über die wirkliche wirtschaftliche Effektivität der Investitionen geben“⁷). Hier ist das Gewicht offensichtlich völlig ver-

2) Hierauf wird hingewiesen in: „Planovoe Chozjajstvo“, Nr. 5 1956, S. 89.

3) s. Social'no-ekonomičeskie problemy tehničeskogo progressa. Moskau 1961. S. den Diskussionsbeitrag von Chormov, P. A., S. 410.

4) s. Konferenzbericht in: „Voprosy Ekonomiki“, Nr. 9 1958, SS. 119 ff. Im Anschluß an diesen Konferenzbericht findet sich eine Empfehlung, die der Bestimmung von Investitionskriterien zugrunde gelegt werden sollte. S. S. 154—162.

5) s. Ob opredelenii ekonomičeskoj effektivnosti kapital'nych vloženij i novoj tehniki (Über die Bestimmung des wirtschaftlichen Nutzeffekts der Investitionen und der neuen Technik). In: „Kommunist“, Nr. 4 S. 130 ff.

6) s. Tipovaja metodika opredelenija ekonomičeskoj effektivnosti kapital'nych vloženij inovoy tehniki v narodnom chozjajstve SSSR. In: „Planovoe Chozjajstvo“, Nr. 3 1960, S. 56 ff.

7) s. Ob opredelenii . . . aaO., S. 134.

lagert. Investitionsentscheidungen, die gegen dieses Wertkriterium verstoßen, werden nur als Ausnahme zugelassen, die besonders gerechtfertigt werden muß.

Hier wirkt sich sicher das Ergebnis der Wertdebatte aus, in der festgestellt wurde, daß der Übergang zum Kommunismus nicht durch allmählichen Abbau des Wertsystems erfolgen könne, sondern gerade durch seinen Ausbau. Während noch 1954 der Grundsatz galt, daß die Warenproduktion allmählich absterben werde, so daß die Wertkriterien nur als Kriterien zweiten Ranges aufgefaßt werden konnten, konnte jetzt nach dem ideologischen Umschwung das Wertkriterium als entscheidendes Kriterium überhaupt herausgestellt werden, das allerdings dann bestimmter Korrekturen zur Berücksichtigung politischer Zielsetzungen bedarf. Allerdings bleibt auch hier noch eine gewisse Inkonsequenz bestehen, derentwegen der sowjetische Wirtschaftstheoretiker Waag die Methodik angreift⁸⁾. Die Methodik erwähnt neben der Hauptkennziffer der relativen wirtschaftlichen Effizienz, die ein echtes Investitionskriterium darstellt, noch die Möglichkeit, nach den niedrigsten Selbstkosten der Produktion oder nach der geringsten Kapitalintensität auszuwählen. Die Methodik stellt dabei nicht klar, in welchem Umfang und wo solche anderen Kriterien benutzt werden können. Dies ist ein Widerspruch, der allerdings nicht sehr ins Gewicht fällt, da das Kriterium der relativen wirtschaftlichen Effizienz eindeutig als Hauptkriterium herausgestellt worden ist. In den Empfehlungen der erwähnten wissenschaftlich-technischen Konferenz vom Jahre 1958, die die Grundlage für die Ausarbeitung der Methodik waren, hatte man diese Inkonsequenz vermieden. Man kann daher aus den Formulierungen der Methodik schließen, daß auf Seiten bestimmter Wirtschaftswissenschaftler immer noch Widerstände gegen die Betonung von Wertkriterien bestehen, obwohl, wie weiter unten noch zu zeigen sein wird, diese Widerstände offensichtlich geringer werden.

Die Methodik enthält aber noch eine andere bemerkenswerte Neuerung. Erstmals wird in einer offiziellen Verlautbarung die Kapitaleffizienz gesamtwirtschaftlich bestimmt. Es gibt danach drei mögliche Formen der Darstellung der Kapitaleffizienz⁹⁾:

1. Der **Koeffizient der allgemeinen (absoluten) Effizienz**. Er ist identisch mit dem Grenzkapitalkoeffizienten der gesamten Volkswirtschaft. Er setzt die Investitionen und das Wachstum des Sozialprodukts einer Jahresperiode in ein Verhältnis. Der erwähnte Aufsatz im „Kommunist“ führt diesen Koeffizienten nur an und weist daraufhin, daß er wegen seiner Komplexität nur geringe Bedeutung für die Planung haben könne. Dies entspricht sicher auch den Tatsachen, und die Methodik erwähnt auch nicht die Aufgabe, die ein solcher Koeffizient haben kann.
2. Neben diesem gesamtwirtschaftlichen Koeffizienten des durchschnittlichen Effekts der Investitionen wird in den methodischen Hinweisen ebenfalls der **Rentabilitätskoeffizient** erwähnt, dessen Anwendung gestattet sei. Dieser Rentabilitätskoeffizient setzt den Gewinn einer Unternehmung (Differenz zwischen Betriebs-

⁸⁾ s. Social'no-ekonomičeskie problemy . . . aaO., Diskussionsbeitrag von Waag, S. 353. Den Standpunkt der Methodik verteidigt Efimov, A.: Metody opredelenija affektivnosti kompleksnoj mehanizacii i avtomatizacii (Methoden der Bestimmung des Nutzeffekts der komplexen Mechanisierung und der Automatisierung) In: „Voprosy Ekonomiki“ Nr. 6 1960, S. 40 ff.

⁹⁾ s. Tipovaja metodika . . . aaO., S. 57/58.

abgabepreis und Selbstkosten, also einschließlich der Gewinnabführung und ausschließlich der Umsatzsteuer) in ein Verhältnis zum Kapitalstock. Die Bedeutung dieses Koeffizienten für die Investitionsplanung wird ebenfalls nicht näher umrissen.

Der Wert dieses Kriteriums ist wahrscheinlich ebenfalls nicht sehr groß. Solange die Größe des Betriebsgewinns in Relation zu den Selbstkosten festgelegt wird, muß eine Kennziffer, die diesen Gewinn nachträglich in Relation zum Kapitalstock ausdrückt, ziemlich unbedeutend bleiben. Die Rentabilität sagt ja erst dann etwas aus, wenn sie für die Entstehung und Größe des Gewinns entscheidend wird. Solange dies aber nicht der Fall ist, ist die Erwähnung dieses Rentabilitätskriteriums als einer möglichen Beschreibung der Effizienz von Investitionen eher ein Hinweis darauf, daß die sowjetischen Theoretiker sich allmählich daran gewöhnen, in anderen als den bisherigen Kategorien zu denken. Sie interpretieren den Wirtschaftskreislauf zunehmend von den Wertgrößen her. Ein solches Denken führt dann dazu, daß das Problem der Investitionsentscheidungen in größerem Maße als vorher als ein nur innerhalb des Wertsystems zu lösendes Problem erkannt wird. Die Orientierung an technischen und physischen Größen tritt damit zurück.

3. Beide bisher genannten Kriterien haben wahrscheinlich nur geringe praktische Bedeutung. Der wichtigste Koeffizient bleibt der **Koeffizient der relativen wirtschaftlichen Effizienz von Investitionen**. Dieser Koeffizient der relativen wirtschaftlichen Effizienz (Koeffizient des Nutzeffekts) setzt die zusätzlichen Investitionen in ein Verhältnis zu den gesparten laufenden Kosten zweier Varianten. Die 2. Variante unterscheidet sich dabei von der 1. Variante dadurch, daß sie niedrigere Kosten und einen höheren Kapitalaufwand verlangt.

Er ist gleich¹⁰⁾

$$L_1 - L_2$$

$$K_2 - K_1$$

Der reziproke Wert dieses Koeffizienten ergibt die Rückflußdauer.

Da dieser Koeffizient nur die relative Effizienz von Varianten angibt, muß immer die eine Variante (evtl. auch die Durchschnittskosten des Industriezweiges) als Vergleichsmaßstab dienen. Um feststellen zu können, welche Variante zu wählen ist, braucht man außerdem eine *Rückflußnorm*. Diese Notwendigkeit einer Rückflußnorm ergibt sich aus dem Charakter dieses Nutzeffektkriteriums. Der Nutzeffekt bestimmt ja lediglich die Differenz, die bei Ausnutzung bestimmter Produktionsmethoden in den laufenden Aufwendungen für die Produktion von Gütern entsteht. Diese Differenz wird in ein Verhältnis gesetzt zur Differenz der Kapitalaufwendungen. Die Entscheidung darüber, ob nun die eine oder die andere Investitionsvariante zu wählen ist, ist damit noch nicht gefällt. Um sie fällen zu können, ist eine bestimmte Norm der Rücklaufzeit oder ihres reziproken Wertes, des Nutzeffekts, notwendig. Ob dabei eine Rücklaufzeit oder ein Nutzeffekt normiert wird, ist natürlich gleichgültig. Die sowje-

¹⁰⁾ Die Symbole haben folgende Bedeutung: L_1 und L_2 sind die laufenden Kosten der 1. und 2. Variante, K_1 und K_2 sind die Investitionsaufwendungen der 1. und 2. Variante.

tischen Theoretiker benutzen allerdings am liebsten Rückflußfristen, um die äußerliche Ähnlichkeit mit dem Zinskriterium zu vermeiden. Denn das Zinskriterium ist ihnen als Form kapitalistischen Wirtschaftens suspekt.

Die Meinungen darüber, wie hoch diese Rücklaufnorm zu sein hat, sind unter den sowjetischen Theoretikern sehr geteilt. Die Methodik legt für die Zwecke der Investitionsplanung Rückflußnormen fest, die auch bei der Nutzeffektkontrolle der Banken unterstellt werden sollen. Für die Industrie soll die Rückflußfrist zwischen drei und sieben Jahren schwanken, im Verkehr etwa 10 Jahre betragen¹¹⁾. Diese Ziffern können jedoch vorerst nur eine Annäherung darstellen. An dem Grundsatz verschieden hoher Rückflußfristen für die einzelnen Wirtschaftszweige ist nämlich festgehalten worden, so daß erst spezielle Methodiken für die einzelnen Wirtschaftszweige entwickelt werden müssen. Die Nutzeffektkontrolle behält also in manchen Gebieten immer noch einen breiten Spielraum. Für bestimmte Einzelzweige, wie z. B. das Bauwesen und die Energiewirtschaft liegen allerdings schon endgültige Vorschläge vor.

Hierbei ist die Kalkulation einer Rückflußfrist allgemein auf die Auswahl von Varianten beschränkt und soll nicht über die Richtungen der Investitionen entscheiden. Sie wird also in erster Linie auf der Ebene der Betriebe und Projektierungsbüros angewendet. Aber ihre Anwendung auf dieser Ebene muß natürlich auf die höheren Ebenen zurückwirken. Denn tatsächlich hat ja die Anwendung einer bestimmten Rückflußnorm die Beschränkung der Investitionschancen zur Folge. Ist z. B. die Rückflußnorm für eine gesamte Volkswirtschaft einheitlich auf eine bestimmte Höhe festgesetzt, so ist damit auch die maximal mögliche Höhe der Investition bestimmt. Mehr als diese Investitionssumme kann man dann nur bei einer höheren Rückflußfrist (bei einem niedrigeren Nutzeffekt) investieren.

In dieser Weise wirkt die Bestimmung einer Rückflußfrist auf die höheren Planungsinstanzen zurück. Während das Unternehmen jedoch feste Rückflußnormen hat, kann die höhere Planungsinstanz entsprechend ihren Plänen die Rückflußnorm selbst beeinflussen. Dies ist nach der Bedeutung der Planungsinstanz in unterschiedlichem Grade möglich. Über dem Unternehmen steht zunächst der Sownarchos (Volkswirtschaftsrat), darüber die Planungsinstanzen der Industriezweige, Republiken und der Volkswirtschaft insgesamt. Die Planung der Volkswirtschaft selbst ist natürlich in der Bestimmung der Rückflußfristen frei, gleichzeitig aber auf ihre Kenntnis angewiesen, damit der Plan über die Investitionshöhe und die Bestimmung der Rückflußfristen in Übereinstimmung gebracht werden kann. Dies bedeutet, daß in die sogenannte Planrunde ein Bericht über die Effizienz möglicher und projektierter Investitionen eingehen muß.

Allerdings behält sich die Planbehörde ebenfalls noch die Möglichkeit vor, für die Industriezweige unterschiedliche Rückflußfristen zu bestimmen. Der Hauptgrund hierfür liegt wohl darin, daß bei Festsetzung einer einheitlichen Rückflußfrist für die Gesamtwirtschaft die Zentrale die Verteilung der Investitionen zwischen Konsumtionsmittel- und Produktionsmittelproduktion nicht mehr beliebig vornehmen kann. Bei einer ständigen Bevorzugung der Produktionsmittelproduktion sinkt die mögliche

¹¹⁾ s. *Tipovaja metodika* . . . aaO., S. 58.

Rückflußfrist in der Konsumgüterproduktion laufend, so daß der Grundsatz der Auswahl nach einheitlichen Rückflußfristen zu einer Steigerung der Investition in den Konsumgüterbereichen führen muß. Dies war für die Sowjetwirtschaft solange unerwünscht, als die Entwicklung der Produktionsmittelproduktion absolut im Mittelpunkt des Interesses stand. Heute, wo die Entwicklung der Konsumtionsmittelproduktion zunehmend gefördert wird, könnte man auch eine Annäherung an den Grundsatz einer einheitlichen Auswahlnorm für die Gesamtwirtschaft erwarten. In der Methodik allerdings gibt es noch keine Andeutung dahingehend. Hier wird noch daran festgehalten, daß für die Wirtschaftszweige unterschiedliche Rückflußnormen festgelegt werden können. Die allgemeine Diskussion des Investitionskriteriums ist allerdings über diesen Standpunkt hinausgegangen.

Die Wirtschaftswissenschaftler gehen auf diese Frage unterschiedlicher Rücklaufnormen kaum noch ein. Im allgemeinen wird dieser Punkt nicht mehr für besonders wichtig gehalten. Stattdessen ist man sich völlig unklar darüber, ob die in der Methodik festgelegten Rücklaufnormen richtig sind. Offensichtlich liegt die durchschnittlich verwirklichte Rückflußdauer ganz erheblich unter den Rückflußnormen, die in der Methodik angegeben sind. Sowjetische Theoretiker schätzen sie auf zwei bis drei Jahre¹²⁾. Gegenüber der Rückflußnorm von drei bis sieben Jahren, die die Methodik festgelegt hat, ist dies ein großer Unterschied. Es ergab sich daraus eine Auseinandersetzung zwischen den sowjetischen Theoretikern darüber, ob die Rückflußnormen der durchschnittlichen Rückflußfrist anzupassen seien oder darüber liegen sollen. So gibt es Theoretiker, die eine Festlegung der Rückflußnorm bei zwei Jahren vertreten (z. B. Zvorykin¹³⁾). Kurakov meint, daß bei einer Vergrößerung der Rückflußnormen auf sieben bis acht Jahre, wie Chačaturov sie vorschlägt, das Wachstum erheblich sinken müsse¹⁴⁾. Chačaturov hingegen argumentiert mit der Behauptung, daß bei einer niedrigen Rückflußnorm die Technik nur wenig ausgenützt werden kann. Er erwähnt zwar, daß die Rückflußdauer im Durchschnitt tatsächlich ein bis drei Jahre ausmache, meint aber, daß die Norm in jedem Fall erheblich über dem Durchschnitt liegen müsse. Dieser Standpunkt ist auch wohl richtig, denn eine Bestimmung der Rückflußnorm auf die Höhe der durchschnittlichen Rückflußdauer müßte den Durchschnitt der Rückflußdauer erheblich senken und es ist dann wirklich fraglich, ob zu solchen Rückflußnormen die beabsichtigten Investitionsquoten noch verwirklicht werden können.

Die Investitionsdiskussion wurde also durch die Veröffentlichung einer Methodik, die als Basis für die Behandlung der Investitionsauswahl dienen könnte, keineswegs abgeschlossen. Die Methodik selbst enthielt Schwächen, auf die hingewiesen wurde und die bei der Ausarbeitung von speziellen Methodiken für die einzelnen Wirtschaftszweige zu berücksichtigen waren. Die weitere theoretische Auseinandersetzung beschränkte sich aber nicht nur auf solche Klarstellungen. Sie wandte sich jetzt vielmehr

12) s. Chačaturov, T. S.: *Ekonomičeskaja effektivnost' kompleksnoj mehanizacii i avtomatizacii proizvodstva* (Die wirtschaftliche Effizienz der komplexen Mechanisierung und Automatisierung der Produktion). In: *Social'no-ekonomičeskie problemy . . . aaO.*, S. 79.

13) s. den Hinweis bei Chačaturov aaO., S. 78.

14) s. *Social'no-ekonomičeskie problemy . . . aaO.* Dort Diskussionsbeitrag von Kurakov, I. G. S. 390.

den Schwächen zu, die das Kriterium einer relativen wirtschaftlichen Effizienz, wie es heute in der Sowjetwirtschaft verwendet wird, selbst zeigt. Eine solche Kritik fragte danach, ob die Kalkulation einer Rückflußdauer, wie die Sowjetwirtschaft sie anwendet, zu einer bestmöglichen wirtschaftlichen Entscheidung führt.

Hierbei geht die Investitionsdebatte über ihre ursprünglichen engen Grenzen hinaus und wird zu einer Erörterung der Bedingungen rationaler Entscheidungen in der Planwirtschaft überhaupt. Dabei zeigen sich sofort typische Schwächen der sowjetischen Form des Investitionskriteriums. Diese Schwächen beruhen einmal auf der Art des Preissystems als eines Systems von Kostenpreisen. Sie zeigen sich aber ebenso als Schwächen der Berechnungsmethode der Rückflußdauer. Die sowjetische Berechnungsmethode drückt ja die Effizienz einer Investitionsvariante immer nur relativ zu einer anderen Variante aus. Dies kann an einem einfachen Beispiel gezeigt werden. Nehmen wir an, wir hätten zwei Varianten eines bestimmten Investitionsobjektes. Beide sollen gleiche Güter produzieren und die gleiche Kapazität haben. Die eine habe laufende Kosten (ausschließlich Zins) von 200, die andere von 100. Die erste Variante soll einen Kapitalstock von 200, die zweite von 300 haben.

	<u>lfd. Kosten (ohne Zins)</u>	<u>Kapital</u>
1. Variante	200	200
2. Variante	100	300

Ist jetzt die Rückflußfrist gegeben, so kann man zeigen, welche von beiden Varianten der Planer vorziehen wird. Er wird die zweite Variante immer dann wählen, wenn die Rücklaufnorm zumindest gleich 1 ist. Ist sie niedriger als 1, so kommt nur die erste Variante in Frage.

Im Falle des Zinskalküls kann die Auswahl unmittelbar ausgedrückt werden. Hier ist nur die Frage, ob der Marktpreis die laufenden Kosten einschließlich Zins zurückerstattet oder nicht. Hier muß entsprechend neben den laufenden Kosten (ohne Zins) und dem Kapitalstock noch der Verkaufspreis gegeben sein, damit man über die Rentabilität der Investition urteilen kann. Der für uns hier entscheidende Unterschied zwischen beiden Formen der Kapitalrechnung besteht darin, daß bei der Zinsrechnung das Kapitaleinkommen Teil des Preises ist, während bei der Bestimmung des Nutzeffekts (= reziproker Wert der Rücklauffrist) dieser lediglich kalkuliert, aber nicht als Einkommen gezahlt wird. Die Frage also, wieviel von einem Gut und ob dieses Gut überhaupt zu produzieren sei, wird in der Marktwirtschaft in einem Akt gelöst. Das Zinskriterium entscheidet, ob es überhaupt eine Investitionsvariante gibt, die ein bestimmtes Gut zu kostendeckenden Preisen auf den Markt bringen kann, während es gleichzeitig unter allen bekannten Varianten die beste auswählt. Das Kriterium der Rücklauffrist aber beantwortet nur die eine Frage, welche unter mehreren Faktorkombinationen zu wählen ist, während die Frage, ob ein bestimmtes Gut zu produzieren sei und in welcher Menge, dem Planer überlassen bleibt.

Hier mündet die Diskussion des Investitionskriteriums in eine allgemeine Besprechung des Preissystems hinein, das den Investitionsentscheidungen in der Sowjetwirtschaft zugrunde liegt. Über diese Frage der Preisbildung wurde von den sowjetischen

Theoretikern ursprünglich in der sogenannten Wertdebatte ganz losgelöst vom Problem der Bestimmung von Investitionskriterien diskutiert. Der Ausgangspunkt dieser sogenannten Wertdebatte war, ebenso wie im Fall der Investitionsdebatte, eine Forderung, die von Planungspraktikern vertreten wurde und erst allmählich ins theoretische Bewußtsein eintrat.

Dieser Ausgangspunkt läßt sich ausgehend von einer Analyse der Gewinngröße zeigen. Das sowjetische Preissystem, das sich an den durchschnittlichen Arbeitskosten orientierte, enthält immer auch einen sogenannten Gewinn. Dieser Gewinn aber ist kein Kapitaleinkommen. Er ist vielmehr statt in Relation zum Kapitalstock relativ zu den gesamten Selbstkosten einer Produktion ausgedrückt. Seine Aufgabe ist, eine wirtschaftliche Rechnungsführung auf Basis von Einzelbetrieben zu ermöglichen und gleichzeitig als Stimulanz für die Betriebsangehörigen zu wirken. Soll der Gewinn diese Aufgabe erfüllen, so muß er mit der betrieblichen Leistung irgendwie verknüpft werden. Je enger dies gelingt, um so besser kann die Kontrolle über diese Leistung und die Interessiertheit an dieser Leistung sein.

Die Form, in der die Sowjetwirtschaft den Gewinn ausnützt, hatte von vornherein bestimmte Schwächen. Der Gewinn konnte, wenn er in Relation zu den Selbstkosten ausgedrückt war, nie die gesamte Leistung des Betriebes zum Ausdruck bringen. Für die Betriebsangehörigen spalteten sich daher die betrieblichen Aufgaben in solche, deren Erfüllung sich materiell lohnte und andere, deren Erfüllung ohne Schaden für den einzelnen vernachlässigt werden konnte. Der Planer mußte daher nach einer Leistungskennziffer synthetischer Art suchen, die die gesamte betriebliche Leistung annähernd zum Ausdruck bringen kann.

Hierbei bietet sich eine Gewinngröße an, die als Rentabilität des Kapitals ausgedrückt wird. In der bisherigen Festlegung des Gewinns kann der Betriebsleiter seinen Kapitalstock völlig vernachlässigen, ohne daß sich dies in der Einkommenslage des Betriebes ausdrückt. Durch eine Gewinnkennziffer, die relativ zum Kapitalstock ausgedrückt wird, könnte die hier bestehende wichtige Lücke in der wirtschaftlichen Rechnungsführung des sowjetischen Betriebes ausgefüllt werden.

Damit war von einem unmittelbar praktischen Gesichtspunkt aus die Richtigkeit des sowjetischen Preissystems bereits angezweifelt. Die Wertdebatte suchte die Probleme, die hinter diesen Preisphänomenen stecken, aufzuhellen und kam dabei auf die Frage nach dem rationalsten Preissystem. Hierin berührte sie sich dann unmittelbar mit den Problemen, auf die die Investitionsdebatte ebenfalls stieß, sobald die Rückflußdauer-kalkulation als sowjetische Form der Kapitalrechnung Gegenstand der theoretischen Kritik wurde.

Der Gegenstand der Wertdebatte war dabei immer sehr viel grundlegender als der Gegenstand der Investitionsdebatte. Dies erklärt auch, warum sie bisher praktisch zu gar keinen Auswirkungen geführt hat. Während das Investitionskriterium das bestehende Preissystem zur Basis nehmen konnte, mußte die Wertdebatte in die Forderung nach einer Reform des gesamten Preissystems hineinmünden. Hieraus werden die Hemmungen verständlich, die einer Verwirklichung der Vorschläge entgegenstanden, die in der Wertdebatte gemacht worden waren. Während man unterschiedliche

Investitionskriterien bei einzelnen Projekten erproben und wieder verändern kann, ist eine Umwandlung des Preissystems nur als Ganzes möglich und würde sich wahrscheinlich über Jahre hinziehen müssen.

Nachdem allerdings die Investitionsdebatte ihre Auswirkungen auf die sowjetische Kapitalrechnung gehabt hatte und das Investitionskriterium selbst in den Rahmen des traditionellen sowjetischen Preissystems eingefügt worden war, mußte sich auch die weitere Diskussion des Investitionskriteriums immer mehr den Problemen des Preissystems zuwenden, wie sie in der Wertdebatte schon erörtert worden waren. Es ist deshalb jetzt immer weniger möglich, Investitionsdebatte und Wertdebatte zu trennen. In einem weit höheren Maße als vorher geht es jetzt den sowjetischen Theoretikern bereits um eine Theorie der Rationalität eines Planungssystems überhaupt, eine Theorie, die das Preisproblem und das Problem des Investitionskriteriums zusammenfaßt und beide Fragen zusammen löst.

Die erste umfassende Theorie dieser Art stammt von Kantorovič¹⁵⁾. Es ist deshalb hier von Interesse, etwas näher auf seine Gedankengänge einzugehen. Die Fragestellung, die bei Kantorovič am Anfang steht, kennzeichnet das Neue seiner Gedankengänge. Dies ist nämlich die Frage nach dem optimalen Plan. Das Wort Optimum tauchte zwar in der sowjetischen Theorie nach dem 2. Weltkrieg öfters auf, wurde aber nie zu einem theoretisch einwandfrei faßbaren Begriff gemacht. Dies geschah in breiter Form zuerst bei Kantorovič, nach einigen wesentlichen Ansätzen bei Novožilov¹⁶⁾. Kantorovič kritisiert von diesem Ansatz aus ganz grundsätzlich das sowjetische Preissystem und im Zusammenhang damit die Kapitalrechnung durch Bestimmung der Rücklaufzeit. Die Kostenpreise als Grundlage der Kalkulation lehnt er ab. Er nennt solche Preise apriorische Preise und zeigt, daß die Anwendung der Rücklaufzeit als Mittel der Kapitalrechnung zu falschen Investitionsentscheidungen führen muß. Die Trennung der Entscheidung über die Produktionsmethode von der Entscheidung über die Zusammensetzung der Gesamtproduktion führt ganz offensichtlich zu falschen Produktionsmethoden.

Um zu einer Aussage über den optimalen Plan zu kommen, setzt er im weiteren die Entscheidung über den zu produzierenden Endgüterfonds voraus. Er zeigt dann, daß ein richtiges Preissystem von den Proportionen abhängt, in denen einzelne Güter in diesem Endgüterfonds vertreten sind. Eine Änderung dieser Proportionen und damit der Zusammensetzung des Endgüterfonds muß daher immer die Preise sämtlicher Güter beeinflussen. Indem er jetzt die Entscheidung über den Endgüterfonds voraussetzt, beschränkt er die Untersuchung auf die Beziehungen, die sich zur Investitionsauswahl aufweisen lassen. Als Ergebnis bestimmt er das richtige Preissystem so, daß im Preis eine Verzinsung des Kapitals und Knappheitsrenten der Naturfaktoren enthalten sind. Der optimale Plan ist damit bestimmt. Er ist dort, wo dem Rentabilitätsprinzip genüge getan wird.

¹⁵⁾ s. Kantorovič, L. B.: *Ekonomičeskij rasčet najlučšego ispol'-zovanija resursov*. Moskau 1960.

¹⁶⁾ Novožilov, W. W.: *Metody nachoždenija minimuma zatrat v socialističeskom chozjajstve*. In: *Leningradskij politechničeskij institut imeni M. I. Kalinina, Trudy*, Nr. 1, 1946, S. 322 ff.

Für den traditionellen Standpunkt der sowjetischen Wirtschaftstheorie ist ein solches Ergebnis revolutionierend. Es galt in der sowjetischen Theorie immer als Dogma, daß der Anwendungsbereich von Maschinen in der Planwirtschaft breiter ist als in einer Wirtschaft, die auf Marktbeziehungen ruht. Man behauptete daher als besonderen Vorteil der Planwirtschaft immer, die Technik in größerem Maße ausnutzen zu können als irgendein anderes Wirtschaftssystem. Die Kritik, die Kantorovič erfuhr, war demgemäß scharf. Aber es kamen auch andere Wirtschaftstheoretiker zu ähnlichen Ergebnissen. So vertrat auch Waag¹⁷⁾ den Standpunkt, daß die Grenze der Anwendung von Maschinen im Kapitalismus und im Sozialismus gleich sei. Er wurde stark attackiert, blieb aber bei seiner Meinung. Ebenfalls äußerte sich Nemčinov zu den Fragen einer Optimierung der Wirtschaftsrechnung in ganz ähnlichen Formen¹⁸⁾. Damit hat sich innerhalb der sowjetischen Wirtschaftstheorie eine Gruppe gebildet, die in scharfem Gegensatz zur heute in der Sowjetunion herrschenden Wirtschaftstheorie steht. Diese Gruppe umfaßt einmal die mathematischen Nationalökonomien, aber auch solche Preistheoretiker wie z. B. Malyšev oder Atlas.

Diese Nationalökonomien finden ihre Stärke darin, daß sich im Planungsapparat immer mehr Friktionen bemerkbar machen, die nur mit Hilfe einer richtigen Theorie behoben werden können und wichtige Vertreter des Planungsapparates glauben, durch die Anwendung mathematischer Methoden und durch Verbesserung des Preissystems entscheidende Hilfen bekommen zu können. Es ist aus diesem Grunde auch unwahrscheinlich, daß diese Kritik noch zurückgedrängt werden wird. Sie muß vielmehr immer breiteren Boden bekommen, je mehr das wirtschaftswissenschaftliche Studium, wie dies bereits beschlossen worden ist, auf die Kenntnisse dieser theoretischen Zusammenhänge ausgerichtet wird.

17) s. *Social'no-ekonomičeskie problemy* . . . 220., dort Diskussionsbeitrag von Waag, S. 355/356.

18) s. Nemčinov, W.: *Planung und Kybernetik*. In: *Wirtschaftswissenschaft*, 1961, Nr. 12, S. 1792 ff. Übersetzung aus dem Russischen, s. „*Ekonomičeskaja Gazeta*“, Nr. 12 1961.